

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

Schweizerische
Landesbibliothek
Haltwylstrasse 16
3003 Bern

ASYLPOLITIK  Vertriebene aus Kosovo

Probleme nicht unterschätzen

Wer gegenwärtig seine Sorge auf Grund sich abzeichnender Zuwanderung von Vertriebenen aus Ex-Jugoslawien öffentlich kundtut, wird nur allzu schnell der Nachahmung bezichtigt. Das Thema eignet sich aber denkbar schlecht für Parteien-Hickhack oder -etikettierung. Die Realitäten sprechen eine eigene, ernste Sprache. Die veröffentlichte Meinung unterschätzt die Probleme noch.

GUS. Das Leid in Kosovo ist unermesslich. Unser Verständnis für die Flucht aus dem Kriegsgebiet ist vorhanden und unbestritten. Das Engagement der Schweiz in den Nachbarstaaten Kosovos ist gross, zum Teil vorbildlich. Es wird viel dafür getan, damit die Vertriebenen nicht nach

Mitteuropa weiterflüchten müssen. Und doch gibt ein Grossteil der Flüchtlinge in den Lagern die Schweiz als Zielland an – was angesichts der grossen Zahl Kosovo-Albaner in der Schweiz und der im frühen Kriegsstadium gesendeten Schweizer Signale auch wenig verwundert. Der Bundesrat tut deshalb gut daran, sich und die Öffentlichkeit ernsthaft auf einen Zustrom von Zehntausenden vorzubereiten. Einigkeit herrscht weitgehend darüber, dass ein Verbleib der Vertriebenen in den Nachbarregionen Kosovos am besten wäre. Voraussetzung dafür wird allerdings in wenigen Monaten die Wintertauglichkeit der Lager sein. Darauf muss sich die Hilfe vor Ort jetzt konzentrieren. Aber auch wenn diese Hilfe noch so effizient und effektiv erbracht wird, viele werden trotzdem auf dem einen oder andern Weg in die

Schweiz flüchten. Die übrigen Staaten Europas zeigen wenig Begeisterung für eine Aufnahme grösserer Gruppen, und bereits leben rund zehn Prozent der kosovo-albanischen Bevölkerung in der Schweiz.

Berechtigte Fragen

Die veröffentlichte Meinung ist hierzulande noch kaum von einer sehr offenen, grenzenlos aufnahmebereiten Haltung abgerückt. Ob dies auf Grund der Realitäten eine mittelfristig haltbare Position ist, wird sich weisen. Wenn die Bevölkerung – und mit ihr die Parteien – in diesen Tagen aber Fragen stellt, so aus Sorge über die riesigen Probleme, die sich der Schweiz stellen und stellen werden:

– Mit welcher Anzahl Vertriebenen aus dem Kosovo ist zu rechnen? Wo können und sollen diese untergebracht werden? Macht ein Untertauchen in Tausenden von überfüllten Familienwohnungen Sinn? Braucht es Gemeinschaftsunterkünfte? Wer bewacht und betreut diese? Wo stehen sie?

– Was geschieht mit der Volksgesundheit? Meldungen von offener Tuberkulose, die eingeschleppt werde, machen die Runde. Nicht ins Reich der Illusionen gehören offenbar auch Szenarien, wonach durch

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Einladung zum Frauentag der FDP am 26. Juni in Luzern auf Seite **5**
- Die Standortbestimmung des FDP-Präsidenten ab Seite **7**
- Die Lagebeurteilung von FDP-Bundesrat Pascal Couchepin ab Seite **10**
- Der neue «Freisinn»-Wettbewerb auf Seite **17**



- Wie sieht es auf dem Arbeitsmarkt aus? Ist mit einer Zunahme der Schwarzarbeit zu rechnen?
 - Wie realistisch ist eine rasche Rückführung in ein zerstörtes Land nach Beendigung der Kämpfe? Was geschieht, wenn je nach Kriegsausgang eine Rückkehr schlicht nicht mehr möglich sein wird?
 - Welche Kosten entstehen für die Aufnahme direkt, und welche Folgekosten sind zu tragen, und zwar auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden?
- Diese Fragen zu verschweigen würde den Vertriebenen keinen Dienst erweisen. Diffuse Angst ist eine der Ursachen für eine defensive Haltung, die in einer aufgeladenen Stimmung auch in Fremdenfeindlichkeit umschlagen kann. Dieser Gefahr muss zuvorgekommen werden, im Interesse einer klaren und nachvollziehbaren Asylpolitik der Schweiz. ■
- die notwendige gesundheitliche Versorgung der Vertriebenen ein weiterer Schub der Krankenkassenprämien ausgelöst werden könnte.
 - Was geschieht, wenn es allen Vorsichtsmassnahmen zum Trotz zur Austragung von ausländischen ethnisch motivierten Konflikten in der Schweiz kommt? Genügen die Polizeikräfte, oder müssen auch dazu noch Armeekräfte aufgeboden werden? Lassen sich die vielfältigen Betreuungs- und Bewachungsaufgaben überhaupt noch mit den normalen Armeeaufgeboden bewältigen, oder kommt es zum Einrücken im grössten Stil?
 - Werden die Kinder der Vertriebenen eingeschult oder nicht? Werden Spezialschulen betrieben? Gibt es auch hier gesundheitliche Probleme? Wie können Gewaltsituationen an den Schulen vermieden werden?

Parolen FDP Schweiz

- JA** zum Asylgesetz
- JA** zu den dringlichen Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich
- JA** zur ärztlichen Verschreibung von Heroin
- Stimmfreigabe** zur Änderung der Invalidenversicherung
- NEIN** zur Mutterschaftsversicherung

ZUR ABSTIMMUNG ○ 13. Juni 1999

Ja zur humanitären Tradition – Nein zum Asylmissbrauch

Die Schweiz darf auf ihre humanitäre Tradition beim Schutz den Verfolgten stolz sein. Die Bevölkerung hat in grosszügigen Sammelaktionen immer wieder ihre Solidarität mit Menschen auf der Schattenseite dieser Welt unter Beweis gestellt. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen steht unser Land bezüglich der Anzahl sowie der finanziellen Aufwendungen, gemessen an der Bevölkerungszahl, mit Abstand an der Spitze. Allein im vergangenen Jahr wurden gegen 15 Prozent aller Asylgesuche Westeuropas in der Schweiz eingereicht. Dies bei einem Bevölkerungsanteil von 3 Prozent.

VON FDP-NATIONALRAT
GEROLD BÜHRER,
THAYNGEN (SH)

Nicht nur in Anbetracht der öffentlichen Finanzen ist es legitim, bei den Missbräuchen den Hebel anzusetzen. Es geht um weit mehr. Der vielfach professionell angelegte Asylmissbrauch und der in einzelnen Kantonen um oder über 50 Prozent liegende Ausländeranteil an den erfassten Straftaten haben das Rechtsempfinden in unserem Land strapaziert.

Wer sich vor dieser Entwicklung verschliesst, gefährdet auf lange Sicht nicht nur die Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung, sondern provoziert geradezu eine ausländerfeindliche Stimmung.

Der Kosovo-Einwand sticht nicht

Beim revidierten Asylgesetz und beim dringlichen Bundesbeschluss geht es darum, einerseits den Schutz für Verfolgte zu verbessern, andererseits die

Möglichkeiten zur Bekämpfung des Missbrauchs zu verstärken. Diese Stossrichtung verdient Unterstützung. Nun wird von den Gegnern mit Blick auf das grosse Leid der Bevölkerung aus dem Kosovo immer wieder versucht, die Revision in den Bereich des Unmenschlichen zu stellen. Gerade mit Blick auf den Kosovo bringt das Gesetz im Gegensatz zu den Beteuerungen der Linken keine Verschlechterung, sondern mit der Neuregelung für Kriegsvertriebene eine Verbesserung. Dank den neuen Bestimmungen für den vorübergehenden Schutz von Personen aus Kriegs- und Krisengebieten kann in ausserordentlichen Situationen rasch und unbürokratisch gehandelt werden. Dies hat der Bundesrat bekanntlich auch getan. Dass dieser Schutz für die Zeit der Unruhen beschränkt ist und danach die Rückkehr angestrebt wird, ist nur verständlich. Wer daher den Kosovo für die Ablehnung der Vorlage vorschreibt, tut dies wider besseres Wissen.

Leider ist der Missbrauch im Asyl- und Ausländerbereich ein Faktum. Es ist blauäugig, nicht wahrhaben zu wollen, dass die vergleichsweise hohe Attraktivität unseres Landes diesen Missbrauch fördern hilft. Von den Verschärfungen anvisiert sind daher Ausländer, die mit der Täuschung oder Vorenthaltung der Identität oder der Verweigerung der Wegweisung unseren Rechtsstaat umgehen wollen. Die bisherigen Erfahrungen haben

gezeigt, dass derartige Fälle nicht vernachlässigbar sind. Allein schon die Tatsache, dass der Anteil Asylbewerber mit Ausweispapieren deutlich höher ausfiel, als eine restriktive Weisung in Kraft war, belegt diesen Missstand. Selbstverständlich gibt es auch Papierlose, bei denen keine schlechte Absicht dahintersteht. Dafür ist aber gesorgt. Sofern glaubhaft gemacht werden kann, dass die Ausweise nicht absichtlich weggeschafft wurden oder eine Verfolgung vorliegt, wird auf ein Gesuch eingetreten. Die nun vorgenommenen Korrekturen sind angesichts der im europäischen Vergleich weit ausgebauten Rechtsmittel mehr als gerechtfertigt. Abgesehen vom revidierten Gesetz wird die Wirksamkeit der restriktiven Vorschriften erheblich von der Bereitschaft eines konsequenten Vollzugs bei Behörden und Rechtsinstanzen abhängen. Zusätzlich zu den gesetzlichen Anpassungen besteht nämlich auch hier Handlungsbedarf. Darauf weist beispielsweise das da und dort äusserst milde Vorgehen gegenüber professionellen Schleppern hin.

Konsequenter Vollzug

Im Zusammenhang mit der Krise auf dem Balkan wird viel von Lastenteilung gesprochen. Die Schweiz hat aber bisher bereits einen weit überdurchschnittlichen Beitrag geleistet. Entgegen der Uneinsichtigkeit der Linken muss durch eine entschlossene Bekämpfung des Missbrauchs und eine Straffung der Rechtsverfahren die An-

ZUM THEMA

.....
Wer daher den Kosovo für die Ablehnung der Vorlage vorschreibt, tut dies wider besseres Wissen.

.....
Von den Verschärfungen anvisiert sind daher Ausländer, die mit der Täuschung oder Vorenthaltung der Identität oder der Verweigerung der Wegweisung unseren Rechtsstaat umgehen wollen.

.....
Die Schweiz hat aber bisher bereits einen weit überdurchschnittlichen Beitrag geleistet.

ziehungskraft unseres Landes abgebaut werden. Wenn von den gleichen Kreisen jetzt die Wirksamkeit der Revision in Frage gestellt wird, ist dies mehr als erstaunlich.

Mit dem neuen Asylgesetz und den dringlichen Massnahmen allein werden die verschiedenen Probleme im Asylbereich auf der Ebene von Bund, Kantonen und Gemeinden kaum gelöst. Zusammen mit den Rückschaffungsabkommen mit den Nachbarstaaten, einer Verminderung überhöhter Leistungsstandards sowie einem konsequenten Vollzug sollte die innenpolitisch belastete Situation jedoch entspannt werden können. Dies ist im langfristigen Interesse nicht nur unseres Landes, sondern auch mit Blick auf die Akzeptanz zukünftiger Hilfeleistungen dringend geboten.



FDP-Nationalrat Gerold Bühler: «Im vergangenen Jahr wurden gegen 15 Prozent aller Asylgesuche Westeuropas in der Schweiz eingereicht.» (Bild rutli)

IM GESPRÄCH  Fabia Schild, Liestal

«FDP nimmt Frauen ernst»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Das Machbare anpacken – und manchmal auch das Unmögliche möglich machen.

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Darauf, dass wir Erwachsenen unserer Verantwortung für die Gesellschaft noch bewusster werden und der Jugend die Möglichkeit geben, ihre Visionen umzusetzen. Schliesslich ist die Jugend unsere Zukunft.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Der immer grösser werdende Schuldenberg. Und dass wir zuwenig vom Erfahrungspotential älterer Menschen Gebrauch machen.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Die Erfindung des Buchdrucks. Die unsäglichen Talkshows auf den deutschen Privatsendern.

ZUR PERSON

NAME: Schild

VORNAME: Fabia

WOHNORT: Liestal

MITGLIED DER FDP-ORTSPARTEI: Sektion Liestal

AUSBILDUNG UND HEUTIGE TÄTIGKEIT: Handelsschule, Auslandsaufenthalte, Eidg. Matur, Jus-Studium. Ich arbeite heute als Kauffrau und Juristin, bin Geschäftsleitungsmitglied der Schild AG Liestal und Verwaltungsrätin der Schild AG Luzern.

ANDERES, IHNEN WICHTIGES: Präsidien der Lungenliga bei der Basel und der FDP-Frauen BL, Mitglied des Einwohnerrates Liestal.



Fabia Schild: «Sorgen macht mir der immer grösser werdende Schuldenberg.»

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Der Frieden.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Die Vielfältigkeit in jeder Hinsicht.

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Die Engstirnigkeit und manchmal das Fehlen von Toleranz.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Dank einem vertieften und erweiterten Miteinander in

Europa können Frieden und wirtschaftlicher Erfolg möglich werden.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Die FDP beweist immer wieder, dass diese Aussage nicht zutrifft – es sei denn, die Freisinnigen befinden sich ausnahmsweise in der Minderheit...

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Simone Veil, denn sie ist eine aussergewöhnliche Politikerin. Während des Krieges wurde die junge Französin samt ihrer Familie in ein Konzentrationslager deportiert. Trotz ihrem unmenschlichen Schicksal ging sie nach ihrem Jus-Studium in die Politik und wurde zu einer allseits anerkannten Persönlichkeit.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Wenn sie/er eine klare Linie verfolgt und sich von der

Realisierung guter Ideen nicht abhalten lässt.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Weil es eine Partei ist, die, zumindest im Baselbiet, Frauenförderung ernst nimmt. Schon mein Urgrossvater war Mitglied der FDP, und ich fühle mich zudem als Wirtschaftsfrau gut vertreten, obwohl ich nicht immer gleicher Meinung bin.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Die FDP hat sehr gute, zielgerichtete und realisierbare Zukunftsvisionen. Leider kann sie diese aber mangels klarer Positionierung und guter Kommunikation zum Volk nicht immer entsprechend richtig vermitteln.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Durchhaltewillen und zielgerichtetes Handeln gehören ganz klar zu meinen grössten Stärken. Mein Motto heisst manchmal «mit dem Kopf durch die Wand» – meine Ungeduld und mein Temperament sind zeitweise schwer zu zügeln.

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN, WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Seit dem Kindergarten wusste ich, was ich werden wollte, und habe es nie bereut. Ich würde genau wieder das gleiche tun. Wenn es aber vor 37 Jahren schon das Internet gegeben hätte,

STICHWORT

INTERNET: Unentbehrlich, zukunftsweisend, unmöglich zu kontrollieren.

SOZIALSTAAT: Unbezahlbar.

NEAT: Wichtige Investition im Hinblick auf die Zukunft der Schweiz (europäische Integration).

AGRARPOLITIK: Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sind auch hier gefragt.

«ARENA»: Politisches «Infotainment», gut gemacht, hohe Einschaltquoten.

wäre ich sicher Webmasterin geworden.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Shakespeare in love – ein wunderschöner, poetischer Film.

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Ruth Metzler. Weil sie eine Vertreterin meiner Generation ist und bis jetzt gezeigt hat, dass auch die junge Politikerinnengeneration ihre Chancen zu nutzen weiss.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Den Mount Everest besteigen. Aber man sollte niemals nie sagen.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Im Moment bin ich wunschlos glücklich. ■

1648 – Die Schweiz und Europa

Marco Jorio hat einen Sammelband zur Aussenpolitik zur Zeit des Westfälischen Friedens herausgegeben. Der «Freisinn» druckt einen Auszug aus dem Grusswort der freisinnigen Solothurner Regierungsrätin Ruth Gisi ab:

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestatten Sie mir als solothurnische Regierungsrätin zu Beginn einen Ausblick ins nächste Jahr. 1999 jährt

sich zum 500. Mal der Basler Friede von 1499, der einen Prozess in Gang setzte, der mit dem Westfälischen Frieden seinen Abschluss fand und der Eidgenossenschaft de facto die Unabhängigkeit vom Reich gebracht hat. Der Kanton Solothurn, auf dessen Territorium sich bekanntlich Entscheidendes in diesem sogenannten «Schwabenkrieg» abgespielt hat, wird nächstes Jahr an dieses Ereignis erinnern. Nicht im Geist der alten, mit nationalistischem Pathos angereicherten Schlachtfeiern, sondern zusammen mit den

längst zu Partnern und Freunden gewordenen ehemaligen Gegnern aus dem süddeutschen und elsässischen Raum. Vom Blick in die Zukunft nun aber zum Rückblick in die Vergangenheit.

«Erinnerung verdient aber nicht minder der Abschluss des Westfälischen Friedens im Jahr 1648. Das grosse Friedenswerk beendete den blutigen Dreissigjährigen Krieg in Europa und brachte der Eidgenossenschaft die völkerrechtliche Anerkennung als souveräner Staat.» So steht es in Ihrem Einladungspro-



spekt zum Kolloquium, das heute und morgen unter der Schirmherrschaft der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften und der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft hier auf Schloss Waldegg stattfindet. Ich möchte Sie in diesem schönen Ambiente auch im Namen des Regierungsrates des Kantons Solothurn ganz herzlich begrüssen und Ihnen sowie den Initianten und Initiantinnen unseren Dank aussprechen für diese Veranstaltung, die sich mit einem Ereignis befasst, das in der Schweiz leider etwas im Schatten von 1798, vor allem aber im Schatten von 1848 steht.

Die Geschichtsbücher bezeichnen den Westfälischen Frieden als völker-

rechtlichen Abschluss eines Prozesses, der – ich habe es bereits erwähnt – 1499 eingeleitet wurde. Ihre Aufgabe ist es nun, in diesen zwei Tagen eine zeitgemässe Würdigung dieses Jubiläums zu finden: 350 Jahre unabhängige Schweiz – oder 350 Jahre Schweiz als Teil der europäischen Völkergemeinschaft?

1998 ist ein reich befruchtetes Jubiläumsjahr: mit dem offiziellen Jubiläum (150 Jahre Bundesstaat), dem kontroversen (200 Jahre Helvetische Republik) und dem nichtoffiziellen, beinahe vergessenen (350 Jahre Westfälischer Friede), dem diese Tagung gewidmet ist.

Marco Jorio (Hrsg.): 1648 – Die Schweiz und Europa. Aussenpolitik zur Zeit des Westfälischen Friedens. Chronos, Zürich 1999. ISBN 3-905313-14-6.

Abstimmung vom 13. Juni 1999

**Schützt
echte Flüchtlinge,
bekämpft
Asylmissbrauch.
Streng, aber fair.
Asylvorlagen JA.**

Kosovo zeigt, dass auch Krieg in Europa Elend und Vertreibung bedeutet. Die FDP will mehr Hilfe vor Ort, damit die Vertriebenen nicht in die Schweiz weiterfliehen müssen. Asylaussenpolitik ist die beste und effizienteste Asylpolitik. Für jene, die bei uns Asyl beantragen, muss ein rasches Verfahren Klarheit bringen, ob echte Verfolgung vorliegt oder Asylmissbrauch. Deshalb Ja zu den Asylvorlagen am 13. Juni 1999.

FDP. Kraft der Erneuerung.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

FDP Schweiz, PF 6136, 3001 Bern
gs@fdp.ch / www.fdp.ch

26. JUNI ◉ Wahlkampf- und Festveranstaltung im KKL Luzern

Ouverture

Der 26. Juni 1999 steht schon lange fest als Datum für unseren Frauentag. Wir haben für Sie als festlichen Auftakt zum Wahlkampf eine Ouverture komponiert und freuen uns, Ihnen folgend das definitive Programm vorstellen zu können.

Die Teilnahme an der Ouverture ist ein «must». Es geht um die Mobilisierung der freisinnigen Frauen und Sympathisantinnen, um eine Solidaritätskundgebung der arrivierten aktiven und ehemaligen mit den kommenden Frauen, um eine Zusammenkunft der

Frauen aus der ganzen Schweiz, die unserem Gedankengut nahestehen.

Bitte melden Sie sich bis spätestens am **15. Juni 1999** mit untenstehendem Talon an. Der Unkostenbeitrag hängt von den individuellen Möglichkeiten ab, beträgt aber mindestens Franken 30.- (für die Verpflegung inkl. Getränke). Wir danken für alle grösseren Beiträge, welche uns helfen, die Gesamtkosten für die Veranstaltung zu finanzieren.

Wir sind sicher, dass ein grosses Interesse an unserer Veranstaltung besteht. Wir bitten Sie deshalb um frühzeitige Anmeldung. Die Anmeldungen werden

gemäss Eingang berücksichtigt. Die Anzahl der Teilnehmerinnen ist auf 1600 beschränkt.

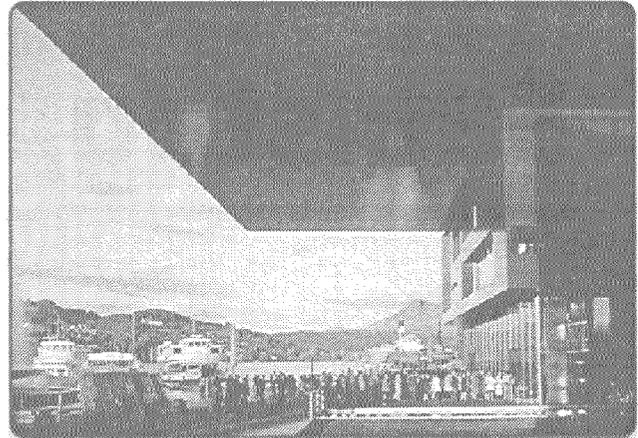
Für alle Teilnehmerinnen mit Kindern ist ein Hütedienst geplant, der von begeisterten Partnern von Teilnehmerinnen durchgeführt wird. Teilen Sie uns auf dem Anmeldetalon deshalb bitte auch Anzahl und Alter Ihrer Sie begleitenden Kinder mit.

P.S. Noch ein Hinweis: Am gleichen Tag wie die Ouverture findet in Luzern das Altstadtfest statt. Ein Besuch gegen Abend lohnt sich bestimmt. ■

Programm

Ab 10.00 Kaffee/Tee und Gipfeli
 10.30 Eröffnung durch die Moderatorin *Christiane Langenberger*, Nationalrätin und Ständeratskandidatin VD
 Willkommen in Luzern
Helen Leumann, Ständerätin LU
 Das Kultur- und Kongresszentrum Luzern
Thomas Held, Geschäftsführer der Trägerstiftung KKL
 Die Verwirklichung einer liberalen Idee
 «Diese Partei braucht mehr Wärme»
Frau Landammann Marianne Kleiner, AR, Vizepräsidentin FDP Schweiz
 11.00 Was uns freisinnige Frauen verbindet von Genf bis St. Gallen, von Lugano bis Basel
 Podium unter Leitung von *Erika Forster*, Ständerätin SG
 – *Michèle Berger*, Ständeratskandidatin NE
 – *Ursula Brasey*, Ständeratskandidatin TG
 – *Fabia Schild*, Nationalratskandidatin BL
 – Nationalratskandidatin *Tessin*
 Anregungen und Fragen von Frauen aus dem Publikum
 Gedanken zu Musik und Politik
Lili Nabholz, Nationalrätin ZH
 Frauen spielen Musik von Frauen
 Klaviertrio d-Moll op.11 von *Fanny Mendelssohn*
Cornelia Angerhofer, Violine, *Mary Brady*, Violoncello, *Annelise Ritzmann*, Klavier

12.00 Gastreferat von *Khalida Messaoudi*, Algerien, Friedenspreisträgerin der Liberal International 1998
 «Wie leisten Frauen einen Beitrag zu einer friedlichen, freiheitlichen Gesellschaft»
Vreni Spoerry, Ständerätin ZH, stellt kurz unsere 12 amtierenden FDP-National- und Ständerätinnen sowie die 13 amtierenden Regierungsrätinnen vor. Diese Frauen stehen während des Lunchs den Teilnehmerinnen für Gespräche und Tips zur Verfügung.
 12.45 Lunch
 14.15 Ansprache von Nationalratspräsidentin *Trix Heberlein*, ZH
 Future Dance Team
 5 Tänzerinnen führen durch die verschiedenen Tanzstile
 14.45 «Warum die Zukunft weiblicher sein muss»
 Reflexionen von *Julia Onken*, FDP TG
 Podiumsgespräch mit *Marina Masoni*, Regierungsrätin TI, *Françoise Saudan*, Ständerätin GE, *Sibylle Burger*, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, und einer Vertreterin der Jungfreisinnigen Saxophon-Trio
Kathrin Marti, *Brigeeen Doran* und *Lisette Wyss*, Jazzschule Luzern
 Wünsche für die Wahlen 1999
 Von Fraktionspräsidentin *Christine Beerli*, Ständerätin BE
 15.30 Schlusswort von *Christiane Langenberger*



**Für alle freisinnigen Frauen
 Für alle Frauen freien Sinnes**

Ouverture

Wahlkampf- und Festveranstaltung für die Frauen

**Samstag, 26. Juni 1999
 Kultur- und Kongresszentrum Luzern**

- Ja, ich nehme an der Grossveranstaltung vom 26. Juni teil.
- Ich komme mit Kind(ern):
 Bitte Angabe von Anzahl und Alter
- Mein Partner könnte sich für den Hütedienst zur Verfügung stellen.
- Ich wünsche Reservation eines Hotelzimmers.
 Einzelzimmer
 Doppelzimmer

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

Tel.: _____

Fax: _____

Talon bitte bis spätestens 15. Juni 1999 an FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 35 00.

Samstag, 28. August 1999

**Reservieren Sie sich den ganzen Tag
für den Auftakt zum Wahlkampf
der FDP Schweiz
in Freiburg!**

**Das detaillierte Programm
erhalten Sie rechtzeitig.**

SOMMER 1999 ◉ *Freisinnige Standortbestimmung*

Sicherheit durch Erneuerung

Kürzlich stellte der Deutschlandkorrespondent der NZZ in einem Artikel über die CDU nach der Wahlniederlage fest: «Sinnstiftung durch schlichte Formeln wie *Freiheit statt Sozialismus* ist heutzutage nicht mehr möglich» (NZZ vom 27. 4. 1999). Demgegenüber versuchen einzelne Vertreter beispielsweise der SVP die alte Lagerordnung zu forcieren, um damit den eigenen missionarischen Auftrag zu unterstreichen. Dabei weiss man natürlich genau, dass dieser Aufruf zum Kreuzzug die Linke bisher nie geschwächt hat. Das Ziel ist vielmehr das Wählerpotential der bürgerlichen Konkurrenten. Die Deutung der Welt in zwei sich klar gegenüberstehenden Lagern ist ein altes Mittel des politischen Extremismus. Schon Lenin schrieb: «Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren.» Es ist deshalb von Interesse, den liberalen oder freisinnigen Standpunkt nochmals darzustellen.

VON FDP-PRÄSIDENT
NATIONALRAT FRANZ
STEINEGGER, FLÜELEN
(UR)

Für die mittel- und längerfristige Strategie einer Partei ist das politische Orientierungssystem und die Einordnung darin wichtig. Dabei sind für Bestand und Veränderung dieses Orientierungssystems wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen von grosser Bedeutung.

Systemfrage geklärt

Wir erleben heute eine revolutionäre Umbruchphase, welche etwa mit dem Begriff Globalisierung umschrieben wird. Dabei geht es um den wirtschaftlichen Strukturwandel mit einer veränderten Gewichtung von Arbeit, Kapital und Wissen. Die Veränderungen beschränken sich aber keineswegs auf den wirtschaftlichen Wandel. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ist die Systemfrage Sozialismus oder Kapitalismus geklärt. Die Linke hat einen Teil ihrer Identitätsausrüstung verloren. Es geht noch um die Frage welcher Kapitalismus. Auch die sicherheitspolitische Land-

karte ist seit 1989 grundlegend verändert. Einigen ist der Feind in Moskau abhanden gekommen. Gelegentlich gelingt es, Brüssel zum Eersatzfeind zu machen. Dabei ist die EU weder nationalsozialistisch noch kommunistisch, noch in einem blutigen Aufstand der «freiheitsliebenden Völker» gegen das «Brüsseler Diktat» verwickelt.

Wohlstand erhalten und ausbauen

Machbarkeitsglaube und sozialstaatliche Übersteigerungen haben auch in der Schweiz zu einer Überforderung der Mittel geführt. Etwa 200 Milliarden Schulden der öffentlichen Hand oder ca. Fr. 27'000.- pro Kopf sind Ausdruck davon. Bei den Sozialwerken stehen wir vor gewaltigen Problemen. Es stellt sich die Frage, wie diese weitgehend durch Erwerbsarbeit finanzierten Einrichtungen angesichts der Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der demographischen Entwicklung zukunftsfähig gemacht werden können.

Der globale Wandel ist keine Verschwörung, die Spielregeln haben sich geändert. Diese Spielregeln können von der kleinen

Schweiz nicht verändert werden. Wenn das Exportland Schweiz, rohstoffarm und mit Binnenanlage, seinen Wohlstand erhalten und ausbauen will, besteht keine Alternative zur Anpassung an die global veränderten Rahmenbedingungen, besteht keine Alternative zu Reformen. Der Status quo oder das Weiter so würde in die Dritte Welt führen. Es stellt sich die Frage, welche Politik diesen massiven Veränderungen gewachsen ist, welches politische Orientierungsmuster hierfür von Bedeutung ist.

Links-Rechts als unendliche Gerade?

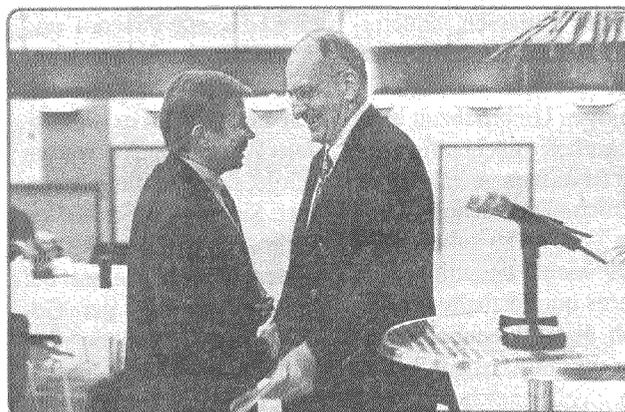
Für viele Politikbereiche ist das Rechts-Links-Schema

nach wie vor von Bedeutung. Vor allem Verteilprobleme und die Frage der Rolle des Staates dabei orientieren sich auf dieser Achse. Nachdem aber der Sozialismus als ökonomische Theorie gescheitert ist, stellt sich die Frage, wie weit man sich auf diese Vogelscheuche fixieren soll. Dazu kommt, dass viele politische Fragen und Phänomene auf dieser Achse nur schwierig zugeordnet werden können. Ist beispielsweise in der Europapolitik ein Ökofundi, der den Beitritt zur EU bekämpft, ein Linker oder ein Rechter? Ist ein EWR-Befürworter ein Linker? Oder ist die Links-Rechts-Achse eine unendliche Gerade, die sich in der Ferne trifft, wenn in Zürich die FraP, die Alternativen und die SVP die Reduktion des Seniorenrabattes bei der VBZ bekämpfen? Die gleiche Frage stellt sich, wenn SP-Pazifisten und SVPler das Nato-Engagement in Kosovo kritisieren, wenn Linke und Rechte gemeinsam gegen die neue Bundesverfassung kämpfen und dabei teilweise die Argumente der Konservativen gegen die 1848er-Verfas-

sung verwenden, oder wenn die SP und SVP die minimale Selbstverteidigungsfähigkeit unserer Armee bei humanitären Einsätzen in durch Banditen gefährdeten Gebieten bekämpfen.

Die Deregulierung im Bereich PTT, SBB, Rüstungsbetriebe usw. und des früher kriegswirtschaftlich organisierten Landwirtschaftsbereiches ist ein wichtiges Anliegen einer modernen Wirtschaftspolitik. Ein Teil der Linken hat die Reformen im Bereich PTT usw. bekämpft, ohne aber das Referendum zu ergreifen. Diese Reformanstrengungen waren für die FDP ein geringes politisches Risiko. Anders beim grössten Deregulierungsbereich, in der Landwirtschaft. Hier hat die bürgerliche Konkurrenz die freisinnigen Exponenten dieser Deregulierung (Delamuraz, Couchepin, Burger usw.) und dementsprechend die FDP für diese Reformanstrengungen verantwortlich gemacht und in Bauernkreisen systematisch angeschwärzt. Dies hat sich bei den Nationalratswahlen 1995 und z.B. bei den Grossratswahlen in Luzern ausgewirkt. Ist es Politik nach dem Links-Rechts-Schema, wenn Bürgerliche die bürgerliche Konkurrenz für Deregulierungsanstrengungen schlecht machen?

Geht es hier nicht vielmehr um die Frage, ob man im Status quo oder dem Weiter so verharren will, oder ob man die notwendigen Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen und Anforderungen vornehmen will?



FDP-Präsident Franz Steinegger, hier mit Bundesrat Pascal Couchepin: «Die Linke hat einen Teil ihrer Identitätsausrüstung verloren.» (Bild ruti)

FORTSETZUNG AUF SEITE 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Mittel entheiligen den Zweck

Die wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Positionen der SP sind heute weitgehend dem sozialkonservativen Traditionalismus verpflichtet. Vulgarkeynesianismus, Umverteilung und staatliche Nachfragepolitik auf Pump stehen im Vordergrund. Diese Vorstellungen lassen sich bei der älteren Generation mit dem Hinweis auf die Lagerordnung vor 1989 bekämpfen. Damals war der Verweis auf die «Errungenschaften» hinter dem eisernen Vorhang oft ausreichend. Bei der jüngeren Generation, für welche der reale Sozialismus Geschichte und nicht Erfahrung ist, muss aber argumentiert werden. Man muss begründen können, dass es sich um Positionen des Status quo oder des Weiter so handelt und dass Veränderungen notwendig sind, um den modernen Anforderungen einer globalisierenden Wirtschaft gewachsen zu sein.

Offenkundig orientiert sich somit ein Teil der politischen Auseinandersetzungen auch auf der Achse Status quo und Weiter so einerseits sowie Veränderungen andererseits.

Dazu kommt, dass eine liberale Partei sich selbst in eine Falle begibt, wenn sie mit einem einzigen Erklärungsmuster die Politik bipolar erfassen und darstellen will. Politik ist nicht nur ein Kampf um Ideen und Werte, sondern auch ein Kampf um die Methode der Politik. Ein liberaler Grundsatz heisst, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt, sondern die Mittel entheiligen den Zweck. Eine liberale Politik kann in einem rein bipolaren Orientierungsmuster nie Pol sein, wenn der politische Konkurrent die Ausbildung von Feind-Stereotypen und Sündenbock-Strategien als



FDP-Präsident Franz Steinegger, hier in einer Sitzung des Delegiertenrats: «Wenn eine Partei ihre Positionen kommunizieren will, braucht es eine gewisse Geschlossenheit.» (Bild ruti)

Mittel der Vereinfachung einsetzt, in der Wahl der Mittel nicht wählerisch ist und in der Darstellung der eigenen Position eher mit vagen Versprechungen und Visionen arbeitet.

Politik muss Sicherheit produzieren

Veränderungen sind ein risikoreiches Geschäft in der Politik. Alle haben z. B. von der Sanierung der Bundesfinanzen geredet. Als es aber um konkrete Massnahmen ging, z. B. bei der Unternehmenssteuerreform oder beim Stabilisierungsprogramm 1998, sind Abstriche und die Reduktion von Privilegien von Linken und Rechten mit Klauen und Zähnen verteidigt worden, und aus dem «Sanierer» Villiger wurde flugs ein «Fiskalist».

Umbruchphasen erzeugen Unsicherheit. Die Politik muss sich einerseits den veränderten Rahmenbedingungen anpassen, andererseits muss sie auch Sicherheit produzieren. In der heutigen Umbruchzeit kann Sicherheit nachhaltig nur mit Reformen gewährleistet werden. Dies scheint auch das Volk so zu sehen. Man will nicht unbedingt am Status quo festhalten, wenn sich die Rahmenbedingungen geändert haben. So waren Volksentscheide und FDP-Parolen in den letzten 15 Abstimmungen identisch, während die SP acht-

und die SVP sechsmal daneben lag.

Mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze

Wir können heute behaupten, dass durch die Geldpolitik der Nationalbank, durch die Sanierungspolitik unter Führung von Bundesrat Villiger, durch eine vernünftige Wettbewerbs- und Deregulierungspolitik, welche z. B. die Flexibilität des Arbeitsmarktes leicht verbessert hat, durch die beschlossenen und finanzierten grossen Infrastrukturprojekte von Seiten der Politik ein wichtiger Beitrag geleistet worden ist, dass die Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent im vierten Quartal 1997 auf unter 3 Prozent gesunken ist. Offenkundig wurde hier mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze geschaffen.

In der Sicherheitspolitik müssen wir deutlich machen können, dass eine Armee, die mit Panzern und Panzerhaubitzen vornehmlich auf den Überfall durch den nicht mehr existierenden Warschauer Pakt warten würde, ihre Legitimität verliert. Sie muss bei aktuellen Bedrohungen einen Beitrag leisten können. Sei es bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Personen und Einrichtungen im Innern, sei es bei der humanitären Hilfe vor Ort, um einerseits zu helfen und andererseits die Entstehung z. B. von

Flüchtlingsströmen in unser Land zu verhindern. Es muss transparent gemacht werden, dass derjenige, der eine wirksame Hilfe vor Ort bekämpft, das Recht verliert, über die Asylprobleme in der Schweiz zu jammern.

Beitrittsfrage hat wenig Aktualität

Wenn man die Entwicklung der Zahl der Drogentoten in den verschiedenen Ländern vergleicht, war die schweizerische Drogenpolitik seit 1992 erfolgreich. Grund für diesen Erfolg ist nicht die Durchsetzung irgendeiner ideologischen Extremposition, sondern ein Mix verschiedener Instrumente.

In der Europapolitik müssen wir deutlich machen können, dass ein Exportland in der Mitte der EU ein vertraglich geregeltes Verhältnis für den fairen Austausch von Waren und Dienstleistungen braucht. Dabei dürfen wir daran erinnern, dass wir für den EWR waren, dass wir aber den von einer knappen Mehrheit eingeforderten Weg der bilateralen Verhandlungen mittragen. Das erzielte Verhandlungsergebnis ist das, was erreichbar war. Es verdient deshalb Unterstützung. Andererseits dürfen wir uns auch weigern, der SVP einen Preis dafür zu zahlen, dass sie den von ihr gewählten Weg der bilateralen Verhandlungen zu Ende geht. Die EU-Beitrittsfrage hat gegenwärtig wenig Aktualität. Dass aber die Beitrittsbefürworter als Preis für den bilateralen Vertrag ihrer Beitrittsidee auf Vorrat abschwören sollten, ist absurd.

Ebenso fragwürdig ist auf der anderen Seite, wenn SP und Gewerkschaften, welche den EU-Beitritt verschiedentlich in den Mittelpunkt gestellt haben, nun beim kleinen Schritt des bilateralen Vertrages einen hohen Preis mit sogenannten flankierenden Massnah-

men im Personenverkehr und Landverkehr verlangen. Ein bilateraler Vertrag mit der EU wird aber Sicherheit schaffen für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Aktivitäten.

Freiheit und Verantwortung bleiben zentrale Werte

In Zeiten von Veränderungen und Umbrüchen müssen auch die Werte einer Partei deutlich gemacht werden. Dies schafft ebenfalls Sicherheit. Liberale Parteien mit marktwirtschaftlicher Ausrichtung brauchen sich nach der Revolution von 1989 nicht zu verstecken. Sie müssen aber ihren Wertekanon kommunizieren. Für die FDP sind und bleiben Freiheit und Verantwortung zentrale Werte. Aus liberaler Sicht ist sodann die Reformfähigkeit und die Offenheit bei der Wahrheitsfindung eine Überlebensbedingung der freiheitlichen Gesellschaft. Schliesslich ist liberale Politik auf eine vernünftige Fairness ausgerichtet.

Anbiederungen oder der Weg der Mitte, auf dem man sich zögerlich an den Zeitgeist von gestern anpasst, ist keine politische Position.

Für die bürgerliche Erneuerung

Zusammenfassend: Das Rechts-Links-Schema hat und behält in vielen Fragen eine wichtige Bedeutung. Die FDP sieht sich dabei Mitte-Rechts situiert. Eine weitere Orientierungsachse ist das Gegensatzpaar Status quo und Weiter so einerseits sowie Anpassung und Reform andererseits. Die vernünftige Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen in einer Umbruchzeit ist für die Schweiz eine Überlebensbedingung. Heute besteht für bürgerliche Politik eine historische Chance, wieder richtungsbestimmend zu werden.

NEUENBURG 6. Sommeruniversität FDP/JFS

Villiger coacht Polit-Nachwuchs

Das diesjährige Programm der Sommeruniversität ist wiederum sehr vielversprechend. Neben vielen prominenten FDP-Parlamentariern und -Parlamentarierinnen besucht auch Bundesrat Kaspar Villiger die jugendlichen Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Auf dem Programm stehen auch Medientrainings: Erfahrene Journalisten und Medienschaffende werden die Politiker von morgen im Umgang mit Zeitung, Radio und Fernsehen schulen. Die Seminarräume befinden sich unmittelbar am Neuenburgersee. Dort gibt es auch viele Möglichkeiten

für Sport und Spiel. Die beiden letzten Kurstage werden mit der offiziellen Nationalratskandidierenden-Ausbildung der FDP CH zusammengelegt. Die Sommeruniversität steht allen politisch interessierten Jugendlichen zwischen 18 und 32 Jahren offen (keine Parteimitgliedschaft erforderlich!). Die Diskussionen finden in zwei Gruppen auf französisch und deutsch statt.
Auskünfte bei: Stefan Costa, Organisator Sommeruniversität, Tel. (031) 320 35 20, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: costa@fdp-prd.ch



Auch FDP-Bundesrat Kaspar Villiger wird die jungen Freisinnigen in Neuenburg willkommen heißen. (Bild ruti)

Prov. Programm

Montag, 23.08.	Dienstag, 24.08.	Mittwoch, 25.08.	Donnerstag, 26.08.	Freitag, 27.08.
Eröffnung S. Costa, GS FDP VertreterIn jfs	Arbeitsmarkt / Bildung / Wissenschaft NR C. Langenberger NR P. Kofmel	Politische «Tour d'horizon» NR F. Steinegger NR F. Pelli	Seminar «Querdenken in der Politik – junge Politik aus der Sicht des Trendforschers» R. Wüthrich, youth & chaos, MGB	Kandidierenden- ausbildung 2: Vision 2007 J. Matyassy, GS FDP B. Favre, GS FDP
Aussen- und Sicherheits- politik NR L. Nabholz NR C. Frey	Seminar «Politische Rhetorik» d+f M. Lalive d'Epina	Gezielte Medienarbeit G. Schommer, GS FDP F. Tissot- Daguette	Kandidierenden- ausbildung 1: Kommunikation: «Fit für die Arena» F. Leutenegger	Kandidierenden- ausbildung 3: Arbeitsmarkt – Bildung – Wissenschaft, Aussen- und Sicherheits- politik NR K. Bangerter SR F. Saudan SR D. Marty SR HR. Merz
Stadtbummel, inkl. Führung Schloss Neuenburg KS D. Cottier	Kreuzfahrt auf dem Neuen- burgersee, inkl. Treffen mit loka- len/kantonalen Behörden FDP NE	Referat Bundesrat Kaspar Villiger, mit Diskussion	Ausflug Schloss Auvernier B. Roulet	

Anmeldung



Ich melde mich hiermit an für die 6. FDP/JFS-Sommeruniversität vom 23. bis 27. August 1999.

Die Kosten betragen Fr. 200.– (Kost und Logis inbegriffen).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Jahrgang: _____

Sprache: Französisch Deutsch

Coupon bis spätestens 15. Juli 1999 einsenden an:
FDP Schweiz, Herrn Stefan Costa
Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 320 35 20, Fax (031) 320 35 00
E-Mail: costa@fdp-prd.ch

POLITISCHE LANDSCHAFT DER SCHWEIZ  Neuordnung

Das liberale Lager muss seinen Platz behaupten

Die kürzlichen Wahlen in Zürich und etwas weniger ausgeprägt diejenigen in Luzern lösten in grossen Teilen der Freisinnigen Partei einen Schock aus – das ist unbestreitbar. Der Ausgang der Wahlen könnte in der Tat zu Panik führen bei bestimmten Verantwortlichen oder Politikern, welche sich daran gewöhnt haben, dass Wahlen ohne Überraschungen über die Bühne gehen, und welche nicht auf Veränderungen bei den politischen und sozialen Überlegungen gefasst waren. Aber im Grunde genommen ist es sehr einfach: um zu gewinnen,

braucht es eine identifizierbare Doktrin, Ideen, Strategien und überzeugte militante Anhänger. Die Debatte muss sich zunächst mit Ideen befassen. Doch dürfen diejenigen, an die sie sich wendet, nicht vergessen werden. Sie muss konkret sein, das heisst den Wünschen und Zielen derjenigen entsprechen, die man zu seiner Wählerschaft zählen möchte. Sie muss pragmatisch sein, das heisst, sie muss mit den unausweichlichen Widersprüchen zwischen strategischen und taktischen Zielen fertig werden können, sowohl lang- wie kurzfristig.

Christoph Blocher dazu und trieben Neugruppierungen voran. Heute hat das konservative Lager seine Abgrenzung gefunden, seine Umrisse sind definiert, seine Ideologie ist geklärt. Aufgebaut ist das konservative Lager um die prinzipielle Ablehnung gegenüber der Europäischen Union, um die Ängste angesichts der Migration, um einen tiefen Pessimismus, was die soziale und kulturelle Entwicklung angeht. Und es hat vor kurzem eine Ästhetik bekommen, jene des Malers Albert Anker, der von Christoph Blocher neu entdeckt wurde.

VON BUNDESRAT
PASCAL COUCHEPIN,
VORSTEHER EIDG.
VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT

den letzten Jahren grosse Fähigkeiten, indem sie diese beiden Tendenzen zusammenbrachte. Die grossen Wahlerfolge der Sozialisten gingen ebenso sehr zulasten der Grünen wie der Mitte. Dazu kommt, dass die Ökologie als solche heute in allen politischen Parteien an Wert gewonnen hat. Fast alle politischen Lager haben heute den Umweltschutz im Programm. Bei den Grünen ist es insofern etwas anders, als ihre politische Doktrin ganz auf Ökologie ausgerichtet ist.

Zusammensetzung der Rechten

Das konservative rechte Lager ist also mitten im Umbau, nachdem es während Jahren aufgeteilt war. In den katholischen Kantonen war die Katholisch-konservative Partei ihr Bannerträger. In den protestantischen Kantonen wurde diese Rolle, mit einigen Abweichungen, entweder von der Liberalen Partei, von der BGB oder einem Flügel der Freisinnig-Demokratischen Partei wahrgenommen. Die Neuausrichtung der Kon-

servativen als Christlich-demokratische Partei während der 70er Jahre wird vermutlich als erster Akt der grossen Bewegung der neuen Zusammensetzung der Rechten in die Geschichte eingehen.

Daraufhin erschütterten der Fortschritt der europäischen Konstruktion, das Ende des kalten Krieges und die Migration die traditionellen Grenzen des konservativen Lagers. Und schliesslich kamen noch das politische und organisatorische Talent – sowie die finanziellen Mittel – von

Freisinnige Botschaft

Wie muss die freisinnige Botschaft lauten? Einige glauben, dass sie sich ganz einfach der Wirtschaft anpassen sollte. Das ist aus vielen Gründen nicht möglich, insbesondere weil Wirtschaft und Politik nicht den gleichen Bereich abdecken. Die Wirtschaft ver-

In der gegenwärtigen politischen Landschaft sind im grossen ganzen drei oder vier Lager auszumachen:

- Rechts das konservative und das liberale Lager
- Links das klassische sozialdemokratische Lager sowie diejenigen, welche die ökologische Politik im Geist der 68er und Nach-68er weiterführen. Die Sozialdemokratie bezeugte in

3 Millionen

STROM-FORUM 2/99

Immer mehr Kunden können bei ihrem Energieversorgungsunternehmen Solar- oder Windstrom kaufen. Trotz des rund sechsmal teureren Solarstroms sind gegen 20 000 Kunden dazu bereit. Nicht zuletzt dank der Aktion «Solarstrom vom EW» gingen 1998 in der Schweiz 1,5 neue Solaranlagen in Betrieb. Damit stieg die Gesamtzahl der netzgekoppelten Solaranlagen auf 1100. Auch der Anteil Windstrom hat sich in der Schweiz in den letzten zwei Jahren verfünffacht. Zusammen decken Solar- und Windanlagen heute 0,02% des Schweizer Strombedarfs. Dies entspricht in etwa dem Verbrauch von gut 2000 durchschnittlichen Haushalten.

Eigenverantwortung statt Subvention

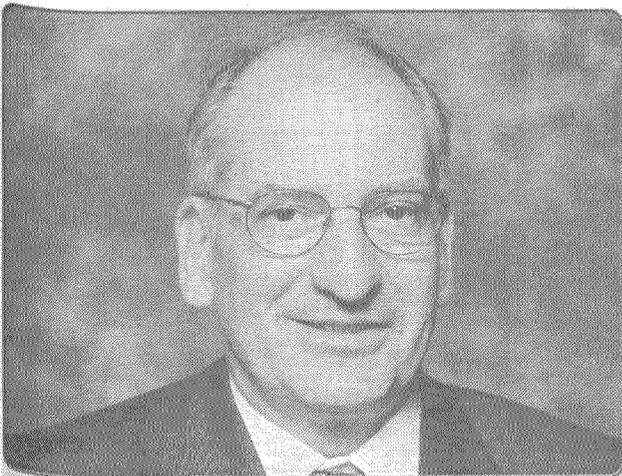
Wirtschaftsunternehmen kaufen Solar- oder Windstrom, um ihre Produkte umweltfreundlich zu positionieren. Private Haushalte wollen mit einem persönlichen Beitrag die neuen Energieformen fördern. Statt staatlichen Regeln und Subventionen kann der Kunde wählen.

Gegen 40% der Kunden haben die Wahl

In der Schweiz haben bereits gegen 40% oder drei Millionen Kunden die Möglichkeit, Strom aus neuen erneuerbaren Quellen zu kaufen. Es bestehen gegen 20 000 Verträge für zusammen etwa zwei Millionen kWh Solarstrom zu höheren Preisen. Diese Nachfrage hat

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

www.strom.ch



FDP-Bundesrat Pascal Couchepin: «Eine liberale Gesellschaft ist offen.» (Bild ex-press)

ten Demokratie, in der die Wählerinnen und Wähler dauernd aufgerufen sind, sich eine eigene Meinung zu bilden. Mit der Zeit entsteht dank dieser Notwendigkeit eine politische Kultur, welche die Einzelentschlüsse durchdringt. Allerdings dürfen die Botschaften nicht widersprüchlich sein. Es braucht also eine Grundlage an Ideen und Haltungen, welche eine identifizierbare liberale Persönlichkeit ausmachen.

Offen für die Zukunft

Die wichtigste Eigenschaft des liberalen Gedankenguts ist der Optimismus. Mir scheint, dies unterscheidet es ganz besonders von der konservativen Bewegung. Ein Liberaler glaubt an die Möglichkeit, in einer komplexen Welt vernünftige Lösungen zu finden. Und das ist nicht Naivität. Die Konzentrationslager und alles Unheil dieses Jahrhunderts erinnern uns daran, dass es keine definitiven Errungenschaften gibt. Aber es ist durchaus möglich, den schwarzen Pessimismus derjenigen zu überwinden, die den Glauben an die Zukunft verloren haben. Trotz allen Schwierigkeiten kann die Zukunft besser sein. Misserfolge können sogar zu Innovation führen. Sie verpflichten uns, Neues zu

suchen, sowohl in der internationalen wie in der nationalen Politik. Das oben angesprochene Fehlen der Naivität hat seine Quelle in der Fortdauer der Geschichte. Der Liberale hat Vertrauen in die Fähigkeit, sich eine Zukunft zu schaffen. Er weiss, dass zwar die Vergangenheit in grossem Mass die Zukunft jeder Gesellschaft bestimmt, dass aber trotzdem viel Handlungsfreiheit besteht.

Diese Haltung gegenüber der Zukunft gründet auf der Überzeugung, dass der Einzelne sein politisches Schicksal bestimmen kann. Das ist die Grundlage der direkten Demokratie, der Respektierung von Erziehung und Ausbildung, von Wissenschaft und Kultur. Ein Zeichen einer wahrhaft liberalen Haltung ist für mich die Fähigkeit, mit den Lehrenden sowie den Leuten aus Kultur und Forschung einen Dialog zu führen, sie zu überzeugen. Es gibt keinen objektiven Grund, ausser vielleicht sich widersprechende materielle Interessen, warum sich diese Kreise nicht in der Nähe des liberalen Gedankenguts befinden sollten. Auch sie sind per Definition offen für die Zukunft und glauben daran, dass das intellektuelle und menschliche Potential entwicklungsfähig ist.

Keine Wunderlösungen

Wirtschaft und Arbeit bleiben die besten persönlichen Integrations- und Entwicklungsmöglichkeiten. Zwar sind sie nicht die einzigen, die dazu beitragen, aber sie tragen in grossem Mass dazu bei. Deshalb ist die Wirtschaftspolitik in einer liberalen Politik wichtig. Die Wirtschaft muss bereit sein, dem Staat die materiellen Grundlagen seiner Aktivitäten zu liefern. In diesem Sinn muss eine liberale Steuerpolitik nüchtern, sich aber ihrer Legitimität bewusst sein. Der Staat muss ausreichende Ressourcen haben. Die Debatte über die Modalitäten, nicht aber über das Prinzip selber ist eröffnet.

Und schliesslich gibt eine liberale Politik zu, dass die Dinge komplex sind, schätzt dies gar. Es gibt keine Wunderlösungen. Deshalb ist eine demokratische Diskussion auf allen Ebenen und zwischen allen staatlichen und privaten Instanzen nötig. Doch muss die Debatte zu einer Lösung führen. Das ist die Regel der Politik. Wenn die Umstände, die Bedürfnisse und die liberalen Werte morgen anders sind, hat niemand etwas dagegen, wenn frühere Entscheidungen in Frage gestellt werden. Eine liberale Gesellschaft ist offen. ■

teidigt – zu Recht – Interessen, die Politik verteidigt und Werten. Die beiden können und müssen sich irgendwo treffen, dürfen sich aber nicht vermischen. Eine liberale Politik hilft der Wirtschaft, weil sie bessere Chancen dafür bietet, dass sich letztere entwickeln kann. Eine liberale Wirtschaftspolitik hat eine Politik zum Ziel, welche über die kurzfristigen Interessen der verschiedenen Wirtschaftssektoren hinausgeht. Um es auf eine Kurzformulierung zu bringen: Eine liberale Politik dient der Wirtschaft, dient sich ihr aber nicht an.

chen Interessen nicht in der Politik widerspiegeln. Sie muss jedoch in einer liberalen Politik eine Haltung erkennen können, die ihr langfristig mehr Chancen bietet. Die Eigenschaften des freisinnigen Gedankengutes müssen über den kurzfristigen Interessen jener stehen, an welche es sich richtet. Und das ist die eigentliche Schwierigkeit jeder liberalen Politik.

Wie kann man in einer Welt, die auf Kurzfristigkeit ausgerichtet ist, in einer «Subito»-Kultur, eine grosse Wählerschaft ansprechen, wenn man ihr nicht individuelle Hilfe, sondern Rahmenlösungen anbietet? Wenn es überhaupt ein System gibt, in dem das möglich ist, dann ist es das System der direk-

Rahmenlösungen statt «Subito»-Kultur

Die Wirtschaft kann sich wegen ihrer unterschiedli-

Bau von 2100 kW Photovoltaikleistung ausgelöst, 950 kW sind in Planung. Weitere Kunden kaufen auch Windstrom oder Strom aus Kleinwasserkraftwerken.

Schweiz an der Spitze

Pro Kopf hat die Schweiz die höchste installierte Leistung von Solarstromanlagen. Die Weiterentwicklung der Solarenergie ist eine wirtschaftliche und technische Herausforderung, die international zu lösen ist. Es gilt, den Wirkungsgrad zu verbessern und die Kosten zu senken, etwa durch Gebäudeintegration.



Ich will mehr über den Stand der Photovoltaik-Nutzung in der Schweiz wissen.

- Bitte senden Sie mir kostenlos den Sonderdruck «Photovoltaik-Statistik 1998»
- Bitte senden Sie mir Unterlagen über die Aktion «Solarstrom vom EW», die gemeinsam von «Energie 2000» und den Elektrizitätsunternehmen getragen wird
- Ich bin grundsätzlich an Solarstrom interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an VSE, Postfach 6140, 8023 Zürich

STANDPUNKT

Entrümpeln statt stümpern!



Bundesrat Moritz Leuenberger macht sich um die Qualität der Medien Sorgen. Er steht damit nicht allein, auch historisch nicht. Platon hatte vor bereits zweieinhalbtausend Jahren das Lesen im Verdacht, kulturellen Schaden anzurichten. Für Sokrates begann der geistige Zerfall sogar mit den Buchstaben: «Denn diese Erfindung wird die Lernenden in ihrer Seele vergesslich machen, weil sie dann das Gedächtnis nicht mehr üben.»

Um wieviel verheerender mussten sich deshalb Buchdruck, Radio, Film und Fernsehen auswirken! Neil Postman erntete globalen Beifall, als er 1986 diagnostizierte: «Wir amüsieren uns zu Tode.» Dass wir noch leben, muss ein Irrtum sein.

Aber richtig bleibt, dass die Medien manchmal über die Stränge hauen und unter die Gürtellinie schlagen – auch wenn der frühere deutsche Aussenminister Genscher von der Presse als «der Artillerie der Freiheit» spricht und George Orwell die bedeutendste Freiheit darin sieht, «den Menschen zu sagen, was sie nicht hören wollen».

Wer will also genau wissen, wann die Medienleistungen unterhalb der Gürtellinie lie-

gen, wann oberhalb? Einer, der sich hervorragend auskannte, meinte, eine echte Nachricht sei nur, «was irgend jemand irgendwo vertuschen will; alles andere ist Reklame». Es war Alfred Charles William Harmsworth, Verleger der hochgeschätzten «Times».

Das bedenkenswerte Wort des späteren Viscounts Northcliff, der der britischen Regierung als publizistischer Berater diente, sei Moritz Leuenberger ins Poesiealbum geschrieben.

Weil sich ein Bundesrat nicht über die Medien ärgern darf? Und ob er es darf! Auch ein Magistrat besitzt das Recht, über Zeitungen, Radio und Fernsehen zu schimpfen und sie ins Pfefferland oder noch schlimmere Gegenden zu wünschen. Aber wenn er seinem Kummer und Zorn öffentlich Luft verschafft und nach einem qualitätsfördernden Medienrat ruft, pfeift ihm der Wind um die Ohren – auch zu Recht.

Thomas Jefferson, der dritte amerikanische Präsident, war mit seiner Feststellung weiser: «Zeitungen ohne Regierungen sind besser als Regierungen ohne Zeitung.» In der Tat.

Als Medienminister müsste sich Moritz Leuenberger endlich als Hauswart einer

Volkserziehungsanstalt verabschieden und begreifen, dass er nicht für die Medieninhalte zuständig ist, sondern einzig und allein dafür, dass freie Medien für freie Bürger in einem freien Land funktionieren können, und zwar vorwärts ins Internet und nicht rückwärts zur Landi.

Dazu gehört die Bereitschaft, mit einer längst fälligen Entrümpelungsaktion zu starten, nämlich mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes. Hier ist der Minister gefragt, und nicht mit sanftwelligen Vorschlägen für die Wiedereinführung der Zensur.

Im übrigen darf sich der Chef des UVEK gerne mediale Meriten erwerben mit einer beispielhaften Informationspolitik seines Departements. In diesem Bereich ist er sogar herzlich eingeladen, seine Leidenschaft für Qualität auszutoben.

Kurz und gut: Wir brauchen keinen bundesrätlich installierten Medienrat, sondern Bundesräte, die mit sich ab und zu Medienrat halten.

*Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen Presseverbandes der Schweiz, Zürich*

DPO FDPO F

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World Wide Web!

Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
<http://www.fdp.ch>

DPO FDPO F

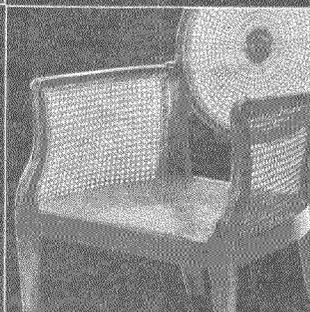
Behindertenwerk St. Jakob



Jacqueline Hauser:
«Froh zu sein bedarf es wenig, wer auf ihm sitzt, ist ein König.» Oder die Freude an alter Handwerkskunst.



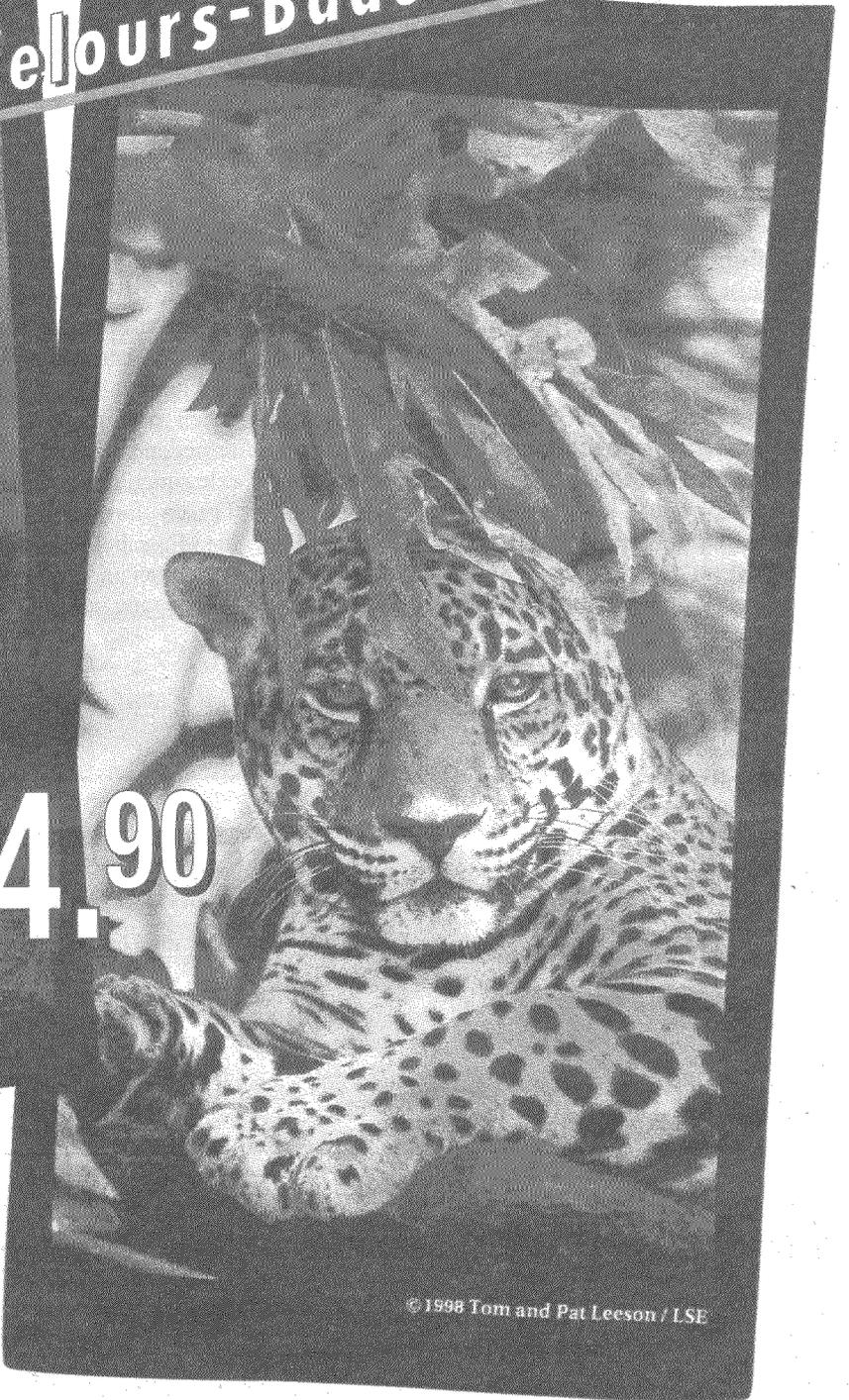
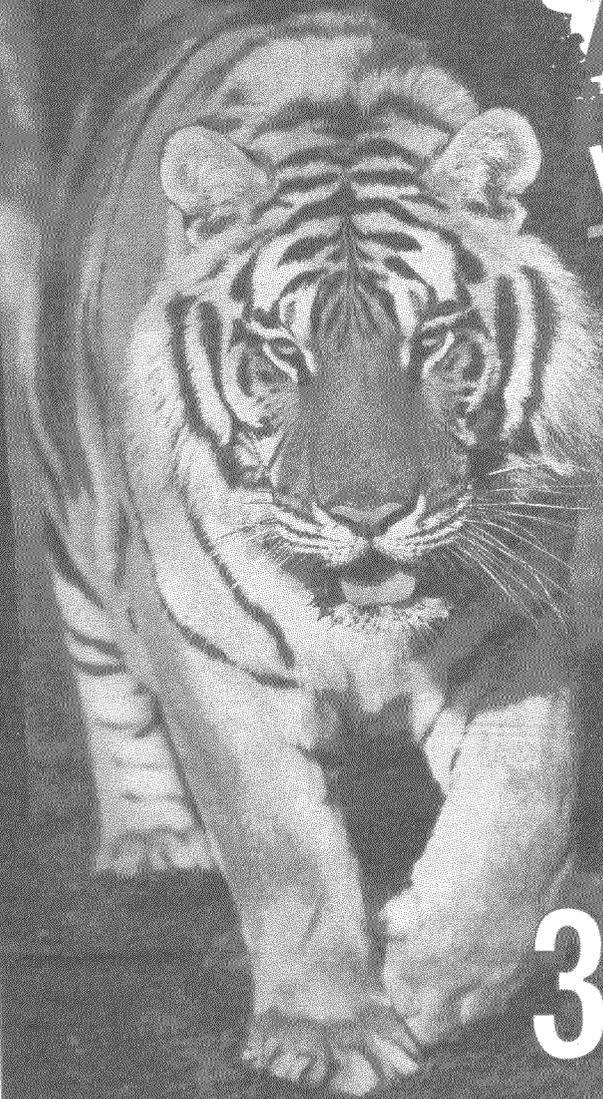
Traditionelles Know-how im St. Jakob! Die bei uns praktizierten Flechttechniken reichen zurück bis zu den robusten Rohrstuhlstützen Charles II. 1670 und erstrecken sich über die Chippendale-Epoche, das Viktorianische Zeitalter des Bergère-Stuhles bis in die moderne Zeit des Michael Thone.



Kanzleistrasse 18, 8026 Zürich
Telefon 01 - 295 93 93, Fax 01 - 295 93 95

Sommer- Aktion

Velours-Badetücher



34.90

© 1998 Tom and Pat Leeson / LSE

**TEXTILES
VERTRAUEN**
Schadstoffgeprüfte Textilien
nach Öko-Tex Standard 100
Prüf-Nr. 94.0.0424 • FI Hohenstein

1 Seite Frottee
1 Seite Samt
Grösse 86 x 163 cm



Lieferung gegen Rechnung, zuzüglich
Versandkosten-Anteil,
Coupon bitte einsenden an:

Angela Bruderer AG
Postfach 1253 8401 Winterthur
Tel. 052 232 41 28 / Fax 052 232 62 23

**Angela
BRUDERER** **AB**

Ich möchte gratis den neuesten
Angela Bruderer-Katalog!

FDP 06/99

Name _____

Vorname _____

Strasse, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

JA, ICH BESTELLE:

Anzahl **Badetuch «Tiger laufend»**
100% Baumwolle, 1 Seite Velours-Samt bedruckt, 1 Seite Frottee uni.
_____ 8.597.TCS Grösse ca. 86 x 163 cm **34.90**

Badetuch «Jaguar»
100% Baumwolle, 1 Seite Velours-Samt bedruckt, 1 Seite Frottee uni.
_____ 8.598.TCS Grösse ca. 86 x 163 cm **34.90**

BERN  Tagung am 12. Juni 1999

Freisinnig und angestellt

Der Mittelstand ist eine unbekannte Grösse. Jedes Anliegen, das in der Schweiz diskutiert wird, ist ein Mittelstandsanliegen. Alle Interessengruppierungen sprechen im Namen des Mittelstandes – auch wenn die Forderungen dieser Gruppen gegensätzlich sind. Die Tagung hat zum Ziel, für die FDP Schweiz eine klare Positionierung vorzunehmen. Wer gehört zum Mittelstand, welches sind die Interessen des Mittelstandes, und – als wichtigste Frage – ist die FDP eine Mittelstandspartei? 76% aller Werkstätigen in der Schweiz sind Angestellte. Der Rest sind Kaderangestellte, Selbständig-erwerbende und Gewerbetreibende. An dieser Tagung geht es um die Angestellten und um ihre Interessen aus freisinniger Sicht.

Teilnehmen können alle FDP-Mitglieder und Sympathisanten, die sich für die Anliegen des unselbständigen Mittelstandes einsetzen und innerhalb der FDP vertreten wollen. In den verschiedenen sachpolitisch relevanten Bereichen sollen Thesen formuliert und in die Entscheidungsgremien von Partei und Fraktion hineingetragen werden. ■

Gruppengespräche

1. *Die Altersvorsorge der Angestellten in der Zukunft*
AHV, BVG und 3. Säule
2. *Die Schweiz und Europa – flankierende Massnahmen im Arbeitsmarkt*
Sicherheit der Arbeitsplätze, Lohn- und Preisdruck, Personenfreizügigkeit als Herausforderung
3. *Arbeitszeit, Arbeitszeitmodelle, flexible Arbeitszeiten – die Bedürfnisse der Angestellten*
4. *Nur wer sich bildet und weiterbildet hat auf dem Arbeitsmarkt eine Chance*
Bildung, Weiterbildung und Ausbildung in der Zukunft
5. *Die Zukunft der öffentlichen Dienste*
Privatisierung, Lohngestaltung, öffentliche Haushalte und Beamte, New Public Management
6. *Sozialpartnerschaft und Gesamtarbeitsverträge in der Zukunft*
Was bedeutet Sozialpartnerschaft, Inhalt der Gesamtarbeitsverträge, gewählte Personalvertretungen, Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Jede Gruppe wird von einem Parlamentarier moderiert und von Experten begleitet.

PROGRAMM

Angestellte des Mittelstandes

Ort: Bern (Hotel Bern), Zeughausgasse 9

Datum: Samstag, 12. Juni 1999

Zeit: 9.30 – ca. 16.00 Uhr

9.30 Uhr	Begrüssung durch NR Franz Steinegger
9.45 Uhr	Einführungsreferat Hans Furer, Präsident des Verbandes Schweizerischer Angestelltenorganisationen (VSA): «Die Angestellten – Rückgrat in unserer Gesellschaft in Wirtschaft und Politik»
10.05 Uhr	Referat von Bundesrat Pascal Couchepin
10.20 Uhr	Pause
10.35–12.00 Uhr	1. Gruppengespräch
12.00–13.15 Uhr	Mittagessen
13.15–14.15 Uhr	2. Gruppengespräch
14.15–14.30 Uhr	Pause
14.30 Uhr	Präsentation der Gruppenergebnisse in Form von Thesen
15.00 Uhr	Round-Table-Gespräch
16.00 Uhr	Schluss der Tagung

Talon

Der/die Unterzeichnete

nimmt an der Angestelltentagung vom 12. 6. 1999 teil.

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

Ich möchte an folgenden Gruppengesprächen teilnehmen (Jeder Teilnehmer kann an 2 verschiedenen Gesprächen teilnehmen. Aus praktischen Gründen bitten wir Sie, mindestens 4 Prioritäten anzukreuzen.):

- | | | | |
|--------------------------|----------|-------|-----------|
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 1 | | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 2 | | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 3 | | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 4 | | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 5 | | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 6 | | Priorität |

Die Teilnahmegebühr beläuft sich auf Fr. 40.– (inkl. Lunch, Mineralwasser und Kaffee).

Da die Platzzahl beschränkt ist, werden die Anmeldungen in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt.

Wir bitten Sie, den Talon an folgende Adresse zu retournieren:

FDP Schweiz, Tagung Mittelstand
Postfach 6136, 3001 Bern
Fax (031) 320 35 00; E-Mail: gs@fdp.ch

ABSTIMMUNG ◉ Ja am 13. Juni 1999

Ein Ja zur Hilfe für Schwerstsüchtige

Im Hinblick auf die nächste Abstimmung gibt es viele Veranstaltungen. Nur von einer Vorlage hört man wenig: vom Referendum gegen die ärztliche Verschreibung von Heroin an Schwerstsüchtige. Mit diesem dringlichen Bundesbeschluss wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe weiterführen zu können. Eine Ablehnung würde zwar nur eine kleine Gruppe von Schwerstdrogenkranken betreffen, aber es geht darum, ob diese Form der Therapie und Überlebenshilfe – gezielt angewandt – nicht verboten wird. Die Heroinverschreibung ist im Bundesbeschluss mit strengen Auflagen verbunden, deshalb sollte man Ja sagen zu dieser Hilfe an Schwerstsüchtige.

VON FDP-NATIONALRÄTIN CHRISTINE EGERSEZGI-ÖRRIST, MELLINGEN (AG)

Wir brauchen heute in den Gemeinden alle Möglichkeiten, die uns die 4 Säulen der Drogenpolitik des Bundes bieten:

Prävention, Therapie, Repression und Überlebenshilfen

An oberster Stelle steht für uns die Prävention, denn Suchtfreiheit ist unser aller Ziel. Wir werden zwar nie alle von einem Einstieg abhalten können, aber wer Drogen konsumiert, muss wissen, mit welchen Folgen er zu rechnen hat. Wer trotz allen Aufklärungen drogensüchtig wird und davon wegkommen will, dem müssen wir mit Therapien zu einem Ausstieg verhelfen. Bei denjenigen, die es nicht oder noch nicht schaffen, ohne regelmässigen Betäubungsmittelkonsum zu leben, versuchen wir mit Überlebenshilfen, wie sauberen Spritzen, Notunterkünften und Drogenre-

wurde vom Volk zweimal mit überwältigendem Mehr bestätigt, indem die zwei extremen Initiativen «Jugend ohne Drogen» und «Droleg» krass abgelehnt wurden. Die ärztliche kontrollierte Heroinabgabe ist für wenige Schwerstsüchtige eine wichtige Behandlungsmöglichkeit. Dieser Teil darf nun nicht aus der Palette der Suchtbekämpfung wieder herausgebracht werden.

Heroinverschreibung kann Hilfe sein

Natürlich wissen wir es alle: Alkoholsüchtige soll man nicht mit Alkohol behandeln. Aber es gibt Fälle, in denen die gezielte Abgabe von Heroin eine wirkliche Hilfe ist. Ein Beispiel aus meiner Tätigkeit in der Stadtexekutive wird das belegen: Ein 36jähriger Mann ist seit über 17 Jahren süchtig. Jeder Versuch, vom Heroin loszukommen,

scheiterte: sieben Entzüge hat er hinter sich, zu einem wurde er nach der dritten Rückführung mit fürsorglichem Freiheitsentzug gezwungen. Drei Therapien hat er angefangen, eine in Portugal beendet (Kosten für die Gemeinde 80 000 Franken). Nach der Rückkehr wurde er nach kurzer Zeit wieder rückfällig. Heute ist er chronischsüchtig, sein Gesundheitszustand ist miserabel, er ist schwerst Aids-krank, beimager, zeitweise mit faustgrossen Eiterbeulen unter der Haut. Doch sein einziges Bemühen gilt der Sorge, wie er zu seiner täglichen Dosis Heroin gelangt. Mit Fürsorgegeldern geht es kaum, also muss er weitere Möglichkeiten ausschöpfen: Gratisdosis durch Kleinhandel, betteln im Badener Bahnhofareal, Griff nach einer fremden Handtasche oder halt – trotz Aids – auf den Strich.



FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi: «Grundlage schaffen, um die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe weiterführen zu können.» (Bild ex-press)

ZUM THEMA

.....
Diese Drogenpolitik mit ihren vier Pfeilern wurde vom Volk zweimal mit überwältigendem Mehr bestätigt, indem die zwei extremen Initiativen «Jugend ohne Drogen» und «Droleg» krass abgelehnt wurden.

.....
Die kontrollierte Heroinabgabe ist zwar ein sehr kleiner Teil unserer Drogenpolitik. Für wenige Betroffene, eben für die schwierigsten Fälle, kann sie aber in der Praxis wirklich sinnvoll sein.

Heroinabgabe mit strengen Auflagen

Es ist nicht so, wie vielfach behauptet wird, dass mit diesem Bundesbeschluss Drogen unbesehen abgegeben würden. Die Heroinverschreibung ist an streng festgelegte Auflagen gebunden:

- Es kommen dafür nur Personen in Frage, die in allen andern Therapieprogrammen gescheitert sind.
- Sie müssen mindestens volljährig sein und seit mehr als zwei Jahren drogensüchtig.
- Schwere gesundheitliche Probleme müssen eine Abstinenz verunmöglichen.
- Diese Hilfe darf nur ärztlich kontrolliert an dazu bestimmten Spezialorten geleistet werden.

Die kontrollierte Heroinabgabe ist zwar ein sehr kleiner Teil unserer Drogenpolitik. Für wenige Betroffene, eben für die schwierigsten Fälle, kann sie aber in der Praxis wirklich sinnvoll sein.

Deshalb sollte man am 13. Juni Ja sagen zur Weiterführung dieser Hilfe an Schwerstsüchtige.

DV FDP-FRAUEN 8. Mai 1999

Plädoyer für eine Ethik der Verantwortung im liberalen Staat

An der DV der FDP-Frauen Schweiz vom 8. Mai in Bern gab Ständerätin Christine Beerli ihre Gedanken zu einer nachhaltigen liberalen Politik an die Delegierten weiter. Anhand des Ist-Zustandes und des Handlungsbedarfes in den Bereichen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik plädierte sie für eine konsequente, auf Nachhaltigkeit ausgelegte Politik als Garantin für Freiheit, Wohlstand und Lebensqualität künftiger Generationen.

VON BETTY FAHRNI

Die Globalisierung der Wirtschaft ist keine Option eines politischen Partei-Programmes, sie bedeutet aber Umbruch und Umdenken. Trotz der Umbruchphase in der Wirtschaft besteht kein Grund, in der Schweiz in eine kollektive Depression zu verfallen. Nach bedauerlichen Arbeitsplatzverlusten sind

auch 50000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Arbeitslosenzahlen sind gesunken. Die Jugendarbeitslosigkeit ist tiefer als in allen andern Ländern Europas. Die bilateralen Verträge werden ratifiziert und umgesetzt. Dank der umsichtigen Führung von Bundesrat Kaspar Villiger beginnen die Sanierungen der Bundeshaushalte Wirkung zu zeigen. Dem Bereich Bildung muss mehr Auf-

merksamkeit geschenkt werden, denn unsere Ressourcen sind Intelligenz und Wissen. Die Lust am Unternehmertum muss wieder verstärkt gefördert werden, damit ein innovativer Unternehmergeist zu Wohlstand, sozialem Frieden und Lebensqualität für künftige Generationen führt.

ES DARF NICHTS ZEMENTIERT WERDEN. AUCH KÜNFTIGE GENERATIONEN MÜSSEN DIE MÖGLICHKEIT HABEN, DIE IHR ZUSAGENDEN LEBENSFORMEN ZU ÜBERDENKEN UND NEU ZU DEFINIEREN.

Um eine effiziente Sozialpolitik zu betreiben, brauchen wir einerseits eine florierende Marktwirtschaft und andererseits eine gewisse

Umverteilung der erwirtschafteten Werte.

NUR EINE LEISTUNGSFÄHIGE WIRTSCHAFT (NICHT DER STAAT) KANN SOZIALE SICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN.

Der Gewinn in der Wirtschaft ist der Erfolgsindikator und Grundstock für produktives Eigenkapital der Unternehmungen. Ohne Gewinn gibt es keine Investitionen, keine Erneuerungen, Verbesserungen, Lohn erhöhungen und keinen Fortschritt. Es würde dagegen von kurzfristigem Denken zeugen, wenn der Umverteilung keine Grenzen gesetzt würden.

Die Lösung der dringlichsten Probleme der Umwelt sieht Christine Beerli

in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft. Die Wissenschaft hat die langfristigen Perspektiven aufzuzeigen, aber gleichzeitig auch Modelle des kurz- und mittelfristigen Handelns anzubieten. An uns allen liegt es, diese Modelle im gesellschaftlichen Leben umzusetzen.

DER VORSTAND DER FDP-FRAUEN SCHWEIZ DANKT CHRISTINE BEERLI FÜR IHRE BEREITSCHAFT, IHRE GEDANKEN ZU LIBERALISMUS UND NACHHALTIGKEIT MIT UNSEREN MITGLIEDERN ZU TEILEN. WIR ZWEIFELN NICHT DARAN, DASS SIE NACHHALL IN ALLEN REGIONEN DER SCHWEIZ FINDEN WERDEN.

Amerika – Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Auf Einladung von Frau Botschafterin Madeleine Kunin verbrachten fünf FDP-Frauen zusammen mit vier weiteren Politikerinnen sieben Tage in New York und Washington.

Die Eingeladenen (Marianne Dürst, Regierungsrätin GL, Anita Fahrni, Grossrätin TG, Jacqueline Stalder-Meyer, Präsidentin BSF, Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, Alice Disch, Kantonssekretärin FDP GL, Doris Anklin, Vorstand BSF, Carmen Meyer, Vizepräsidentin BSF) erhielten die Gelegenheit, mit verschiedenen Organisationen, die sich im Bereich Frauen

und Politik profilieren, zu sprechen. Daneben besuchten sie auch die Parteizentrale der Republikaner und liessen sich von der Organisation «Emily's List» über die professionelle Wahlmittelbeschaffung orientieren. Betreut wurden sie durch das Aussenministerium und das Büro für Information der amerikanischen Regierung. Ein grosser Dank für die Organisation gebührt der amerikanischen Botschaft in der Schweiz und der schweizerischen Botschaft in Washington. Beide haben sich vorbildlich um die schweizerischen Politikerinnen gekümmert, so dass dieser Aufenthalt ein

voller Erfolg wurde. Die gewonnenen Informationen werden in der Schweiz dazu dienen, Überlegungen über die Professionalisierung der schweizerischen Frauenpolitik anzustellen. Nachdem im rechtlichen Bereich in den letzten 20 Jahren die wesentlichen Erfolge erzielt wurden, geht es heute darum, den Frauen den Zugang zur Wirtschaft und zu den von ihnen gewünschten Ämtern zu ebnen. Dazu konnten wichtige Anregungen gewonnen werden.

Sibylle Burger-Bono,
Präsidentin
FDP-Frauen Schweiz



Interessierte Zuhörerinnen... anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz in Bern.



LINDER & LÖTSCHER AG BERN

Elektrische Anlagen
Rosenweg 25 A
3007 Bern
Telefon 031 371 00 88
Telefax 031 371 27 16

WETTBEWERB  *Woher stammt dieser Satz?*

«... treten folgende Wirkungen ein:»

Die Herkunft dieses Satzes wird im neuen «Freisinn»-Wettbewerb gesucht. Wer errät oder weiss sogar, aus welchem freisinnigen Dokument dieses Zitat stammt?

GUS. Einige Freisinnige beschäftigen sich dieser Tage sehr stark mit dem Dokument, in dem dieser Satz enthalten ist. Obwohl schon länger in Diskussion,

scheint das Dokument erst jetzt wirklich Bedeutung zu erlangen. Der Satz lautet in seiner vollen Länge:

«Wird der im Durchschnitt der Jahre 2000 und 2001 erreichte Anteil der bundesrechtlichen Steuern und Abgaben am Bruttoinlandprodukt überschritten, treten im zweiten darauf folgenden Jahr folgende Wirkungen ein:»

So, mehr will die Redaktion nicht helfen.

Zu gewinnen gibt es auch diesmal wieder ein Foulard sowie ein Portefeuille, welche unter den richtigen Einsendungen ausgelost werden. Einsendeschluss ist der 12. Juli 1999. Machen Sie mit! Die Auflösung folgt im nächsten «Freisinn». ■

Talon

Ich weiss, woher dieser Satz stammt:

« _____ »

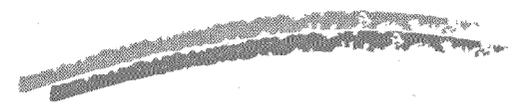
Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

TERMINE	
Juni	
13.	Eidgenössische Abstimmung
21.	Presseverband
26.	FDP-Frauentag
Juli	
6.	Presseverband (Generalversammlung)
August	
20.	Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
23.-27.	Sommeruniversität
28.	Wahl-«Kick-off»
30.-2.9.	Sondersession
September	
2.	Bundesratsparteien-Gespräch
3.	Von-Wattenwyl-Gespräch
10./11.	Vorsessionale Fraktionssitzung
20.-8. 10.	Herbstsession
21.	Wirtschaftsmeeting
23.	Geschäftsleitung
Oktober	
8.	Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat a. o. Delegiertenversammlung
9.	Presseverband
12.	Presseverband
24.	Nationalratswahlen
November	
18.	Bundesratsparteien-Gespräch
19.	Von-Wattenwyl-Gespräch
26./27.	Vorsessionale Fraktionssitzung

Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!



Weil ein Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» viele interessierte Leserinnen und Leser findet.

Und weil Sie sich damit den attraktiven Markt unserer Mitglieder erschliessen.

Wir freuen uns auf Ihre Präsenz,

Ihre FDP Schweiz

 Ich/wir möchte/n mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Die Anzeigenverwaltung soll mit mir/uns Kontakt aufnehmen.

Name/Firma: _____

Zuständig: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden/faxen an:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon (031) 320 35 35, Fax: (031) 320 35 00
E-Mail: gs@fdp.ch



Karikatur Andreas Töns

ARBEITSLOSIGKEIT **o** Tiefstand

Vom Jobwunder, das keines sein darf

Aufhellung am Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenrate ist auf dem tiefsten Stand seit sieben Jahren. Dies war möglich dank der konsequenten Wettbewerbspolitik der letzten Jahre. Ebenso wichtig war dafür aber auch die Verhinderung einer von der SP diktierten Wirtschaftspolitik, die im wesentlichen zur Zerstörung von Arbeitsplätzen geführt hätte.

VON FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER,
BERN

Die Arbeitslosenrate in der Schweiz hat Ende April 1999 die Drei-Prozent-Marke unterschritten. Nächstens dürfte auch die Grenze von 100 000 Arbeitslosen fallen. Die positiven Auswirkungen der Revitalisierungsoffensive und diverser Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz beginnen sich nun einzustellen. Obwohl diverse Bedenkenträger bereits angemeldet haben, dass die Arbeitslosenrate natürlich die Wirklichkeit nicht richtig abbilde, so ist doch Fakt, dass der eindeutige Trend in die richtige Richtung geht und eine spürbare Entspannung am Arbeitsmarkt festzustellen ist.



Guido Schommer

Vertrauensstärkung in den Standort Schweiz

Diese Erfolge, die in jedem andern Staat als Jobwunder gefeiert würden – immerhin hat die Schweiz innert weniger als zwei Jahren ihre Arbeitslosenrate praktisch halbiert –, wurden möglich durch eine Wirtschaftspolitik, die der Bundesrat geprägt hat und die vom Volk mitgetragen wird, wie diverse Abstimmungsergebnisse zeigen: Das Sanierungsziel 2001 ist dank vereinten Anstrengungen in Griffweite gerückt, Technologieverbote konnten verhindert werden, Swisscom, Post und SBB wurden näher an den Markt geführt, Kartell- und Binnenmarktgesetzgebung greifen, die Revision des Unternehmenssteuerrechts gelang im Gegensatz zu Deutschland, zuletzt konnten auch die bilateralen Verträge zu einem erfreulichen Abschluss ge-

bracht werden. All dies waren und sind Massnahmen und Entscheide, die zur Vertrauensstärkung in den Standort Schweiz beigetragen haben. Vertrauen bedeutet Investitionen, Investitionen bedeuten Arbeitsplätze.

Scheitern der SP- und SBB-Rezepte

Wäre die politische Schweiz den mit unverminderter Vehemenz vorgetragenen Rezepten aus den Küchen der SP – die weitestgehend vom Serge-Gaillard-Büro (SGB) diktiert werden – gefolgt, hätte der Staat mit Investitionsprogrammen immense Summen in die Wirtschaft gepumpt. Planwirtschaft nannte man das. Durch ein massives Laufenlassen der Notenpresse wäre kurzfristiges Wachstum eingetreten,

das wir heute mit Inflation und Kaufkraftzerfall teuer bezahlen würden. In der Schweiz dürfte nicht mehr für Alkohol und Tabak gewonnen werden, das Individuum wäre mithin ein Stück weniger selbstverantwortlich in seinen Entscheidungen. Zukunftsweisende Forschungsfelder wie die Gentechnologie wären mitsamt den hochqualifizierten Arbeitskräften ins Ausland abgewandert. Dies wäre die Alternative zur verfolgten Wirtschaftspolitik gewesen. Ein Glück, hat die SP mit ihrer Wirtschaftspolitik nie politische Mehrheiten errungen.

Auf dem Weg einer mittelfristig ausgerichteten Wirtschaftspolitik muss weitergegangen werden. Zurzeit geniesst die Umsetzung und innenpolitische Durchsetzung der bilatera-

ZUM THEMA

.....

Diese Erfolge, die in jedem andern Staat als Jobwunder gefeiert würden – immerhin hat die Schweiz innert weniger als zwei Jahren ihre Arbeitslosenrate praktisch halbiert –, wurden möglich durch eine Wirtschaftspolitik, die der Bundesrat geprägt hat und die vom Volk mitgetragen wird.

.....

Vertrauen bedeutet Investitionen, Investitionen bedeuten Arbeitsplätze.

.....

Ein Glück, hat die SP mit ihrer Wirtschaftspolitik nie politische Mehrheiten errungen.

len Verträge Priorität. Ebenso wichtig ist aber die Stärkung von Bildung und Forschung und die Erhaltung der Offenheit gegenüber neuen Technologien, damit die besten Voraussetzungen für die Schweizer Wirtschaft von morgen geschaffen werden.

Aus «Unsere Schweiz 1999–2007»:

Mehr Arbeit ermöglichen: Qualität, Wirtschaftlichkeit und Innovation werden durch Wettbewerb und Marktkräfte gesichert. Behinderungen von Wettbewerb und Marktkräften werden systematisch abgebaut.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62